

Bundesweiter Volksentscheid

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Wir starten im Frühjahr 2001.

Das haben wir 1999 erreicht:

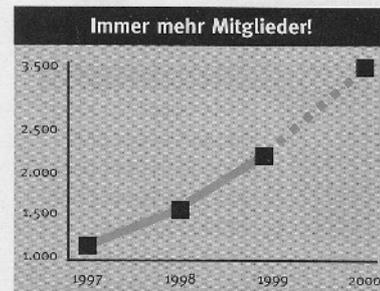
- ▶ **250 Prominente** Über 250 Persönlichkeiten unterstützen unseren „Aufruf für Mehr Demokratie“. Darunter Hans-Jochen Vogel, Hildegard Hamm-Brücher, Franz Alt, Günter Grass, Christa Wolf, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Marie-Luise Marjan und Margarete Mitscherlich.
- ▶ **Bündnisaufbau** Die ersten 25 Organisationen schlossen sich dem Volksbegehren „Mehr Demokratie in Deutschland“ an.
- ▶ **Demokratienetz** In Sachsen und Schleswig Holstein gründeten wir neue Landesverbände. Wir sind in zwölf Bundesländern vertreten.
- ▶ **Gesetzentwurf** Wir stellten unseren Entwurf für Volksentscheide fertig. Expertenrunden eröffnen im Herbst die öffentliche Diskussion.
- ▶ **Mitgliederzahl** Unsere Mitgliederzahl stieg von 1.500 auf 2.100.



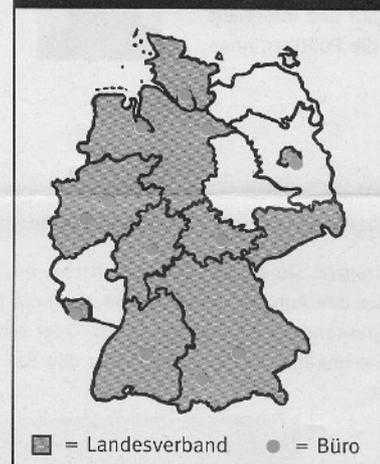
Wir arbeiten mit voller Kraft für den bundesweiten Volksentscheid!

Unsere Ziele für das Jahr 2000

- ▶ **Bundesländer** Unsere Volksbegehren für Ihr Mitspracherecht in Bayern und Baden-Württemberg kommen in die heiße Phase. Wir starten die Initiative „Mehr Demokratie in Thüringen“. Unsere Begehren in Bremen und NRW gehen weiter.
- ▶ **Netzwerk Ost** Von unserem Berliner Hauptstadtbüro aus bauen wir landesweite Strukturen in Ostdeutschland auf.
- ▶ **70 im Bündnis** Das Bündnis für „Mehr Demokratie in Deutschland“ wächst auf 70 Organisationen an.
- ▶ **Bürgergutachten** Mit einem Bürgergutachten treiben wir die Diskussion über unseren Gesetzentwurf voran.
- ▶ **3.500 Mitglieder** Wir steigern die Zahl unserer Mitglieder auf 3.500.



Demokratienetz bald flächendeckend!



Unterstützer für den bundesweiten Volksentscheid

- Stand September 1999: Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) ■ Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische PolizistInnen ■ Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ■ Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) ■ BUND-Jugend ■ Junge Ökologen ■ Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) ■ Demokratischer Frauenbund ■ Deutscher Naturschutzring ■ Eurosolar ■ Forum Bürgerinnen- und Bürgerbewegung ■ Fuss e.V. – Fußgänger Schutzverein ■ Gen-Ethisches Netzwerk ■ Grün-Alternatives Jugendbündnis ■ Grüne Liga ■ Gustav-Heinemann-Initiative ■ Humanistische Union ■ Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) ■ Junge Liberale ■ Naturschutzjugend ■ Pax Christi ■ STATT-Partei ■ Umkehr e.V. ■ UnternehmensGrün ■ Vegetarier-Bund Deutschland

Bitte wenden! ➔

Wir arbeiten für Sie!

Unser Team für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Deutschland“

Vorstandssprecherin



Claudine Nierth, 32, repräsentiert Mehr Demokratie mit Power und Charme in der Öffentlichkeit.

Netzwerk Ost



Kurt Wilhelmi, 38, baut mit Übersicht und Geduld unsere Landesverbände im Osten auf.

Mitgliederservice



Ania Hinz, 26, hat stets ein offenes Ohr und ein freundliches Wort für die Belange unserer Mitglieder.

Vorstandssprecher

Tim Weber, 28, entwickelt mit Weitblick und Ideen die Strategie für unser Volksbegehren.



Gesetzentwurf

Britta Kurz, 33, bringt ihre Kompetenz für einen qualifizierten Gesetzentwurf zum Volksentscheid ein.



Finanzen

Roman Huber, 33, kümmert sich mit Elan und Einfällen um das Geld für unser Volksbegehren.



Büroleiterin



Silvia Gauss, 32, sorgt mit Idealismus und Ruhe dafür, daß das Münchner Bundesbüro effizient arbeitet.

Geschäftsführer



Thomas Mayer, 34, treibt unsere Initiativen mit machbaren Visionen und Geradlinigkeit voran.

Pressesprecher



Oliver Hinz, 28, hält mit Gespür für heiße Themen die Medien auf dem Laufenden.

Bündnisaufbau

Michael Efler, 29, baut zielstrebig das bundesweite Bündnis auf und informiert die Politiker/innen.



Öffentlichkeitsarbeit

Ralph Kampwirth, 31, textet und gestaltet Internet, Materialien und „Zeitschrift für Direkte Demokratie“.



... und viele mehr

Zahlreiche weitere Menschen sind in unseren Büros und vor Ort für Ihr Mitspracherecht aktiv.

© i.S. v. 1. Mehr Demokratie, Öffentlichkeitsarbeit, Ralph Kampwirth

Hier können Sie sich weiter informieren

Kreuzen Sie einfach das Gewünschte an, tragen Sie Ihre Adresse ein und dann ab in die Post (passend für ein Fensterkuvert). Oder schicken Sie uns Ihre Bestellung per Fax: 089-821 17 74

An:
Mehr Demokratie e.V.
Bundesbüro
Fritz Berne-Str. 1
81241 München

Ja, ich will weitere Informationen.
Ich bestelle kostenlos:

- den Bundesbericht 1999/2000 von Mehr Demokratie
- den regelmäßigen Aktionsbrief mit aktuellen Informationen über „Mehr Demokratie in Deutschland“

Absender:

Name, Vorname

Str./Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Die Planungszelle

ein Verfahren partizipativer Politikberatung

- öffnet Bürgerinnen u. Bürgern faire Teilnahmekancen,
- erbringt innovative Sachergebnisse,
- erzielt realisierbare Lösungsvorschläge,
- legitimiert als notwendig erkannte Maßnahmen,
- beugt, weil es auf Kleingruppenebene Vorurteile abbaut, gesellschaftlichen Großkonflikten vor,
- vermittelt durch rationale Konsensfindung Systemvertrauen
- und stabilisiert damit unsere repräsentative Demokratie

"Die Planungszelle

ist ein verblüffend erfolgreiches Modell für die Beteiligung von Bürgern an Planungsentscheidungen. Die Idee: Laiengremien nach dem Vorbild der Schöffengerichte kommen schneller zu konsensfähigen Entscheidungen über umstrittene Projekte als die oft schwerfällige öffentliche Verwaltung; die auf politische Vorgaben und Lobby-Interessen Rücksicht nehmen muß. Voraussetzung für sachgemäße Entscheidungen ist die gründliche Information der Teilnehmer, am Ende gibt es ein Beteiligten- oder Bürgergutachten."

aus: „DER SPIEGEL“ 20/1995

Dienel, Peter C.

Die Planungszelle

Der Bürger plant seine Umwelt.

Eine Alternative zur Establishment-Demokratie

4. Aufl. 1997. Ca. 293 S. mit 9 Tab. u. 30 Abb.

Kart. ca. DM 35,-

ISBN 3-531-13028-5

Genehmigungsdauer für Flughafeninfrastruktur

- | | |
|------------------------------------|----------|
| • Frankfurt, Startbahn West | 17 Jahre |
| • Düsseldorf, Startbahnerweiterung | 21 Jahre |
| • München II | 20 Jahre |
| • Stuttgart, Startbahnausbau | 14 Jahre |
| • Hamburg (Ergebnis: kein Bau) | 25 Jahre |

- A 72 -

Abb. 18: Genehmigungsdauer für Flughafeninfrastrukturen Quelle: WIB

Bergische Universität
Gesamthochschule Wuppertal
Fachbereich 1 - Gesellschaftswissenschaften
Forschungsstelle
Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren
Graußstraße 20, 42097 Wuppertal
Telefon 0202/4392344

Verein zur Wahrung der deutschen Sprache e.V.

Gegründet in Dortmund am 12. November 1997

Vorstand: Prof. Dr. Walter Krämer, Prof. Dr. Ulrich Heilemann, Lars Tschiersch,
Jörg Bochow, Dr. Horst Hensel, Gerhard Junker, Heiner Schäferhoff, Thorsten Ziebach

- Ich trete dem Verein bei und überweise den Jahresbeitrag von DM 25,00 auf das Konto Nr. 248 162 6600, Dortmunder Volksbank, BLZ 441 600 14 des Vereins (Freunde und Freundinnen der deutschen Sprache unter 27 Jahren zahlen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres keinen Beitrag; in diesem Fall bitte Geburtsdatum angeben: _____)
- Ich trete dem Verein bei und bitte um Lastschrifteinzug des bei diesem Verfahren ermäßigten Jahresbeitrags von DM 20,00 von meinem
- Konto Nr.: _____ BLZ: _____
- Bank: _____
- Ich habe über einen Regional- bzw. Betriebsbeauftragten von dem Verein erfahren oder möchte in einer Regional- oder Betriebsgruppe mitarbeiten (falls sie den Namen wissen, bitte eintragen; ansonsten geben wir Ihre Adresse an den nächstgelegenen Beauftragten des Vereines weiter: _____).
- Ich bitte um weitere Informationen zu dem Verein
- Ich bitte um Zusendung von Informationen an die folgenden Personen
- _____
- _____
- _____
- Ich überweise dem Verein eine einmalige Spende in Höhe von DM _____ und bitte um eine Quittung (der Verein zur Wahrung der deutschen Sprache e.V. ist mit Bescheid vom 20. November 1997 vom Finanzamt Dortmund Hörde als gemeinnützig anerkannt (Steuernummer 31501364426); Beiträge und Spenden sind steuerlich absetzbar).

(Bitte deutlich schreiben.)

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Datum, Unterschrift: _____

aktuell

siehe www.vds-ev.de

8/06 TA

Bitte zurücksenden an den nächstgelegenen Regionalbeauftragten; falls keiner in der Nähe, an:

Verein zur Wahrung der Deutschen Sprache e.V.
Institut für Wirtschafts- und Sozialstatistik
Vogelpothsweg 78

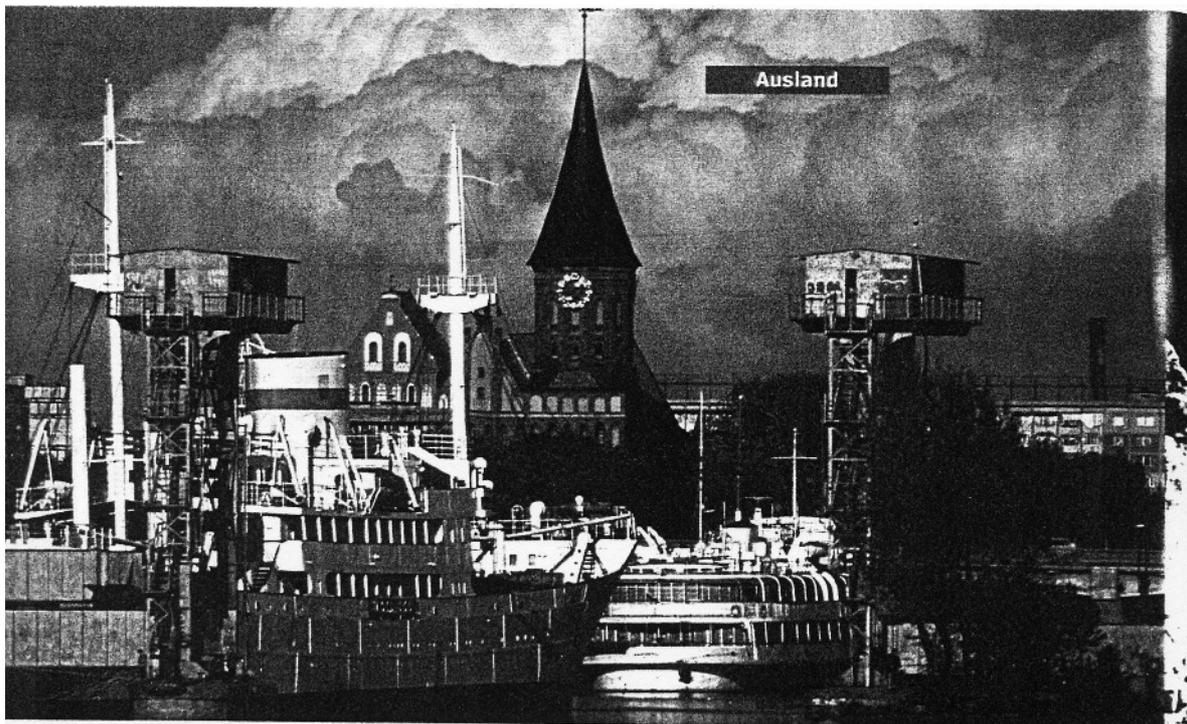
D-44221 DORTMUND

Verein zur Wahrung der deutschen Sprache e.V.

- Regionalbeauftragte -

- Bamberg:** Peter von Meissner, Greiffenbergstr. 45, 96052 Bamberg, Tel.: 0951/45691, FAX: 0951/46691
- Bautzen:** Dipl.-Ing. Diethold Tietz, Jan-Skala-Straße 34, 02625 Bautzen
Tel.: 03591/24207, Fax: 03591/32-1240, e-post: Diethold.Tietz@fmb.philips.de
- Berlin:** Dipl.-Ing. Helmut Hardt, Richard Wagner Str. 48, 10585 Berlin, Tel.: 030/3424975
- Bochum/Essen:** Michael Frank, Postfach 60 02 52, 44842 Bochum
- Braunschweig:** Alexander Schönhoff, Adolfstr. 47, 38102 Braunschweig, Tel.: 0531/71681, FAX: 0531/794391
- Bremen:** Dr. Alfred Becker, Schönebecker Str. 30, 28759 Bremen, Tel./FAX: 0421/627053
- Darmstadt:** Peter U. Limberg, Gabelsbergerweg 17, 64347 Griesheim, Tel.: 06155/61676, Fax: 06155/61108
- Dortmund:** Dipl.-Verw. Heiner Schäferhoff, Allee 18, 59439 Holzwickede, Tel.: 02301/6896
- Frankfurt a.M.:** Hermann Böhmman, Mailänder Str. 3, 60598 Frankfurt a.M.
Tel.: 069/968707-0, FAX: 069/968707-77
- Friedrichshafen:** Dipl.-Ing. Gerhard H. Junker, Dorfstraße 6b, 82237 Wörthsee
Tel.: 07541/43844, Fax: 07541 / 44849 oder Tel./Fax: 08153/990239
- Gera:** Ass. jur. Stephan G. Brandner, Karl-Liebnecht-Str. 21, 07546 Gera, Tel.: 0365/25203
- Hamburg:** Dr. rer. nat. Clas Abels, Wichelwisch 23, 22045 Hamburg, Tel.: 040/66861812, Fax: 040/66861856
- Hannover:** Dr. jur. Hermann Neemann, Lothringer Str. 33 b, 30559 Hannover, Tel.: 0511/526214
- Holstein, östl.:** Jochen von Pappenheim, Hauptstr. 67a, 23730 Neustadt in Holstein, Tel.: 04561/71144
- Holstein, westl.:** Helga Perghammer-Dose, Blocksdorf 14, 24631 Langwedel / Holst.
Tel.: 04329/92242, Fax: 04329/92296
- Jena:** Dipl.-Ing. Karl-Heinz Kraass, Hans-Berger-Str. 22 / Whg.123, 07747 Jena, Tel./Fax: 03641/333828
- Konstanz:** Joachim Bullermann, Espenstr. 13, 78465 Konstanz, Tel.: 07531/44553, FAX: 07531/44778
- Lüneburger Heide, nördl.:** Edna Braun, Am Kattenberge 1, 21244 Buchholz, Tel. und Fax: 04181/36843
- Lüneburger Heide, südl.:** Ulrich F. Sackstedt, Schützenweg 3, 27313 Dörverden-Hülsen
Tel./Fax: 04239/390
- München:** Dipl.-Ing. Egmont Freystedt, Nymphenburger Str. 121, 80636 München
Tel.: 089/1234085, FAX: 089/1234068
- Münster:** Dr. Rudolf Fischer, Gustav-Adolf-Str. 2a, 48356 Nordwalde, Tel./Fax: 02573/626
- Nürnberg:** Hubert Will, Friedenstraße 28, 90765 Fürth, Tel.: 0911/7905511, Fax: 0911/7905512
- Offenbach:** Peter Ambroß, Karlstr. 57, 63065 Offenbach
Tel.: 069/8003232, Fax: 069/8003208, e-post: pa-tele@t-online.de
- Osnabrück:** Alexander Schmidt-Endrulat, Richthofenweg 31, 49088 Osnabrück, Tel.: 0541/14565
- Westerwald:** OStR Guido Kohlbecher, Im Sonnenland 2, 53577 Neustadt, Wied, Tel.: 02683/32909
- Wuppertal/Hagen:** Dr. Wilhelm Werth, Varneystr. 38, 58300 Wetter, Tel.: 02335/7577
-
- Großbritannien:** Dipl.-Ing. Gerhard Both, 6 Newick Close, Seaford BN25 4DZ, England
- Japan:** Elke Hayashi-Mähner, 518-11 Shimoyasumatsu, 359-0024 Tokorozawa-Shi, Japan
- Spanien:** Dipl.-Ing. Anfried von Thun, Costa Brava 31, 28034 Madrid, Tel.: 0091/734/1567

s. Stern 36/99 S. 56ff



Hafen von Kaliningrad mit wieder aufgebautem Dom, Sowjettruppen beim Sturm auf die Festung Königsberg (1945): „Vielleicht schaffen wir“

KALININGRAD

„Bald ist uns Berlin näher“

Selbstzweifel und Zukunftsängste plagen Russlands isolierten Vorposten an der Ostsee, das Gebiet um das frühere Königsberg. Gerüchte über Pläne Moskaus, die Exklave verkaufen zu wollen, schüren die Ungewissheit. Die Jungen zieht es nach Europa.

Gestandene Ostpreußen lassen sich nicht so leicht unterkriegen, Ursula Trautmann schon gar nicht. Als 16-Jährige musste sie im Februar 1945, kurz vor Kriegsende, vor den Russen fliehen. Vor drei Jahren kehrte die gelernte Landwirtin aus dem Hunsrück in ihre Heimat zurück – in ein weitgehend verlüdetes und versumpftes Land, das als „Gebiet Kaliningrad“, das nördliche Ostpreußen um das frühere Königsberg, nunmehr zu Russland gehörte. Und das gerade die Zwangsabgeschiedenheit von 50 Jahren militärischer Sperrzone abgeschüttelt hatte.

Ursula Trautmann brachte 70 Milchkühe mit. Dazu den verwegenen Anspruch, unweit von Polesk (Labiau), im tiefsten sowjetischen Mief, „ein Stückchen von Ostpreußen so zu erhalten, wie es früher mal war“. Dafür hat sie finanziell bluten und manche Illusionen abhaken müssen. Denn die Russen zockten die verrückte deutsche Marjell gnadenlos ab, stahlen ihr das bei einer Kolchosa untergebrachte Vieh, zerschlugen die importierte Milchabfüllanlage.

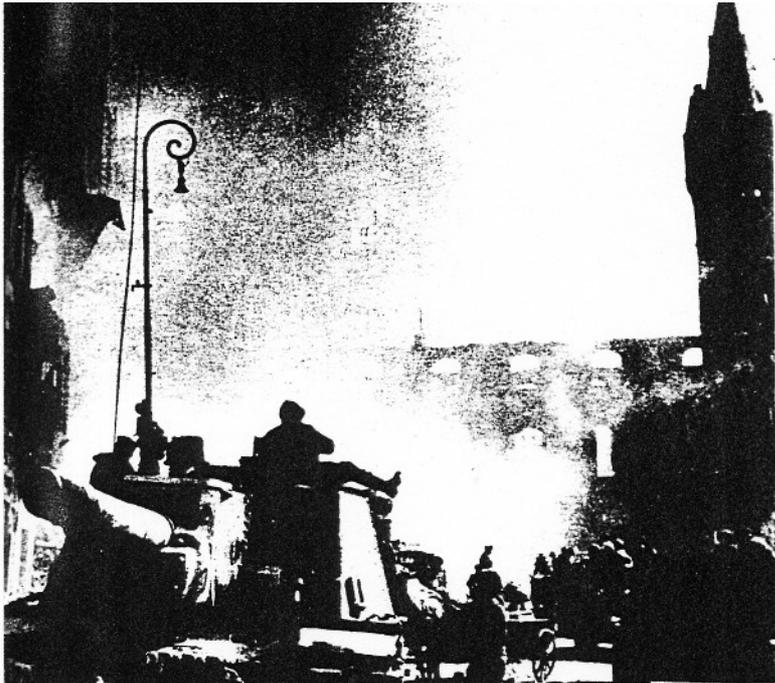
Doch die schwer sehbehinderte Diabetikerin gab nicht auf. Jetzt hat sie für sündhaft teures Geld gleich neben dem einstigen Gut ihres Onkels das verwahrloste Gebäude des Annenhofs gekauft, zwei Kilometer vom Kurischen Haff entfernt inmitten von Storchkolonien. Es war das erste Mal, dass in Kaliningrad eine Deutsche mit Zustimmung Moskaus ganz offiziell russisches Staatseigentum erwerben durfte. „Ich nehme doch auch nichts mit, sondern will nur beim Aufbau hier helfen“, sagt die 70-Jährige, „dieses Land braucht Menschen, die das Leben bejahen; auch die Stadt Königsberg wird immer fröhlicher.“

Bunter und vitaler ist Russlands westlicher Vorposten an der Ostsee in den letzten Jahren ganz gewiss geworden. Aber auch politisch unruhiger. Kaliningrad, wie Königsberg heute heißt, wird geplagt von Selbstzweifeln und Zukunftsängsten. Denn dieses Gebiet mit knapp einer Million Einwohnern auf einem Schnipsel von bloß 15 000 Quadratkilometern ist seit dem Auseinanderbrechen des Sowjetimperiums eine russische Insel weit von Russland entfernt.

Bis Berlin sind es von der Stadt am Pregele nur 550 Kilometer, nach Moskau doppelt so viele. Außerdem ist die Exklave umgeben von Staaten, die in die Europäische Union und Nato drängen. Das mag beim Baltikum noch 10 oder 15 Jahre dauern. Nur: Was wird danach aus dem eingeschlossenen Kaliningrad?

Fällt der Norden Ostpreußens dann wie ein reifer Apfel Polen oder Litauen zu? Wird Russland seinen Klotz an der Ostsee verscherbeln wie einst den Vasallen DDR? Oder findet die Region gleichsam über eine weiche EU-Assoziation selbst ihren Weg nach Westen?

„Die Jungen hier wollen alle nach Europa, die Alten haben Angst“, sagt Wadim Weichselberger, Besitzer der Imbiss-Stube am Prospekt Mira gegenüber der Königin-Luise-Gedächtniskirche, seit Sowjetzeiten ein Puppentheater. Die Entscheidung über diese politische Frage liege indes nicht bei den Kaliningrädern, rätioniert der aus Usbekistan vertriebene Russlanddeutsche, „vielleicht schaffen wir einmal als vierter baltischer Staat den EU-Anschluss“.



mal als vierter baltischer Staat den Anschluss an die Europäische Union“

Das wird dauern. Noch immer steht der Gründervater des Sowjetstaates ehern auf seinem Podest am Platz des Sieges unweit des alten Nordbahnhofes mit dem Säulenportal. Missmutig blickt Lenin auf die Zeichen der neuen Zeit: auf westliche Werbesprüche und Konsumverlockungen; auf die Busse mit deutschen Nostalgie Touristen; auf Plakatwände mit dem Konkurrenzkampf der Bierbrauereien (die einheimische trägt wieder den alten deutschen Namen „Ostmark“); auf ein Transparent, das den Erweckungsbesuch des deutschen Pastors Wegner ankündigt („Christus für die ganze Welt“).

Kaliningrad sei heute „die fortschrittlichste“ aller Regionen Russlands, sagt der Herr der „Gebietsmacht“, Leonid Gorbenko, 60. Seit drei Jahren amtiert der gebürtige Ukrainer und frühere Chef des Fischereihafens als Gouverneur – bullig, kumpelhaft, bieder. Ins Amt gehievt wurde er mit den Stimmen der Kommunisten, von denen er sich danach politisch rasch abseilte. Sechs Ikonen schmücken Gorbenkos Arbeitszimmer, und Blickfang auf seinem Schreibtisch ist ein Kreuz im Bernsteinblock.

Den Fortschritt definiert der Gouverneur mit geschönten Wirtschaftsdaten (siehe Interview Seite 211), die freilich sein lokaler Geheimdienstchef unlängst öffentlich bezweifelt hat. „Leider sind wir verwundbarer als jede andere russische Region“, beschrieb Konteradmiral Gennadij Moschcow in der „Kaliningradszkaja prawda“ die Schwachstellen der Ostseeprovinz: Zusammenbruch der Staatsbetriebe und der Landwirtschaft, Rückgang der Industrie-

produktion seit 1990 auf ein Viertel, Halbierung der Getreideernte und Fleischproduktion, zunehmende Abhängigkeit von importierten Lebensmitteln und Energieträgern, horrende Arbeitslosenzahlen und wachsende soziale Spannungen.

Der Gouverneur gerät in Wallung, wird er mit dieser Analyse seines Chefsponsors konfrontiert („Wo war denn der Admiral, als alles auseinander fiel?“). Doch er gesteht ein, dass es vor allem den Rentnern mies geht. Von denen gibt es in der einstigen Militärfestung etwa 200 000, und die meisten schlagen sich mit 350 Rubel (etwa 25 Mark) im Monat durch. „Das ist unsere Schande“, sagt Gorbenko.

Gewiss: Im Vergleich zu den umliegenden baltischen Staaten und Polen ist Kaliningrad ein Armenhaus, für die „Frankfurter Allgemeine“ gar der „Ostsee-Slum“. Doch die Stadt boomt, quillt über von West-Autos, die Läden sind voll mit kaufkräftigen Kunden, in Restaurants und Discos vergnügt sich das junge Volk.

Die Schattenseiten dieses Booms haben Russlands westlichster Hafenstadt allerdings ein paar makabre Spitzenplätze verschafft: Kaliningrad hat pro Einwohner die meisten HIV-Infizierten, Hepatitis-Erkrankten und Krebstoten in der Russischen Föderation, die meisten Prostituierten und die höchste Scheidungsrate. Eine „führende Rolle“ kann die Ostseeprovinz auch beim Bierkonsum und beim Schmuggel von Zigaretten, Rauschgift oder Gebrauchtwagen aus dem Westen beanspruchen.

„Aufreibend und prickelnd“ sei das Leben in dieser Stadt, sagt Louise Wolfram. Ihr Mann ist Pastor der evangelisch-lutherischen Gemeinde Kaliningrads. Die zählt mal gerade 1200 Seelen, hat aber seit April ein protziges neues Gemeindezentrum. Machtvoll wie eine Ordensburg steht der rote Backsteinbau mit den hohen, bunt verglasten Fenstern und den auseinander gezogenen beiden Türmen am Ende des Prospekt Mira auf dem Gelände des ehemaligen Luisenfriedhofs.

Vergebens hatten sich die Lutheraner zuvor bei der Gebietsadministration um die Rückgabe des notdürftig wieder hergerichteten Doms oder einer der anderen sechs noch erhaltenen Kirchen bemüht. Der Neubau, finanziert überwiegend von der deutschen Evangelischen Kirche der Union, kostete 2,2 Millionen Mark.

Propst Erhard Wolfram freut sich über eine „wachsende Gemeinde“. Deren Kern sind hauptsächlich Russlanddeutsche, die aus den zentralasiatischen Repu-



blicken es einstigen Sowjetreichs flüchten mussten. An die 10 000 haben sich unterdessen in Russlands westlichster Ecke eingerichtet. Die meisten von ihnen wollen dort bleiben und nicht weiter westwärts nach Deutschland trecken, weil sie russische Ehepartner haben und die deutsche Sprache nur bruchstückhaft beherrschen.

Die Evangelischen in ihrem schönen neuen Gemeindezentrum sehen ein weites Missionsfeld. Sie wollen sich jetzt an der Armenspeisung in der Stadt beteiligen, „damit die Bevölkerung sieht“, so des Pastors rigorose Gefährtin, „dass wir nicht nur in der eigenen Suppe schwimmen“. Louise Wolfram ist gebürtige Königsbergerin. Sie glaubt, dass die von der Kirche angebotene humanitäre Hilfe willkommen ist. Doch es darf auch nicht zu viel sein, denn gerade für Deutsche sei die Arbeit in Kaliningrad „eine Art Gratwanderung; die Russen haben Angst, wir wollten hier wieder die Krallen drauflegen“.

Das Thema Regermanisierungsängste ist „wie eine Welle, die sich hebt und senkt“, sagt gelassen der Admiral Wladimir Jegorow, 60, Chef der russischen Baltischen Flotte und neben dem Oberkommandierenden Boris Jelzin der einzige Befehlshaber in Russland, der in den letzten



Pastor Wolfram



Heimkehrerin Trautmann

acht Jahren nicht abgelöst wurde. Der Admiral, dessen Kreuzer und U-Boote vor der Samlandküste in Baltijsk (Pillau) liegen, residiert im Gebäude der alten preußischen Oberpostdirektion. Dort befand sich der Gefechtsstand des „Festungskommandanten“, General Otto Lasch, als Stalins Rote Armee im April 1945 zum Sturm auf Königsberg ansetzte.

Allerdings räumt der Flottenchef ein, dass die mit der Regermanisierungsfurcht verknüpfte Frage, ob Moskau womöglich einmal zur Tilgung seiner Auslandsschulden den Verkauf von Kaliningrad offerieren könnte, „eine beunruhigende Wirkung für das Gebiet hat“. Einige „Amtsträger“, grummelt der Admiral, spielten dieses Thema von Zeit zu Zeit unnötig hoch.

Da hat der Militär wohl den Gouverneur im Fadenkreuz. Gorbenko belebt die Diskussion um die Zukunft der Ostseeprovinz bisweilen mit apokalyptischen Äußerungen, um von Moskau neue Subventionen zu erstreiten. Denn mit den Fördermitteln hapert es seit dem Zerfall der Sowjetunion, der in der „Sonderwirtschaftszone“ Kaliningrad vor allem die einseitig für Militär und Weltraumtechnik produzierenden Staatsunternehmen in den Kollaps trieb.

Die Zukunftszweifel wurzeln auch in einem Gericht, das nie überzeugend dementiert wurde. Michail Gorbatschow, so verlautete aus russischen wie deutschen Polit-Quellen, habe 1991 Bundeskanzler Helmut Kohl den Verkauf von Kaliningrad für 70 Milliarden Mark andiegedient. Jelzin habe diese Offerte später erneuert. Der Altkanzler, um Auskunft ersucht, lässt ausrichten, er sei „nicht bereit, zu diesem Thema etwas zu sagen“. Sein ehemaliger Chefdiplomat Hans-Dietrich Genscher hält das Ganze für eine „völlig freie Erfindung“.

Admiral Jegorow, vielleicht Kaliningrads nächster Gouverneur, ist da vorsichtiger: „In absehbarer Zeit“, sagt der feingeistige Militär, sei keine Veränderung des Gebietsstatus erkennbar, „und die Anwesenheit unserer Flotte ist der beruhigende Faktor“.

So beruhigend allerdings nun auch wieder nicht, denn die Flotte hat Versorgungs- und Zahlungsprobleme. „Ein ärmliches Ostseekommando, umzingelt von Nato-Ländern“, lautete unlängst das deprimierende Urteil einer russischen Komman-

deurstagung über Kaliningrads eingeschränkte Verteidigungsbereitschaft. So steht die Baltische Flotte bei kommunalen Diensten, Energie- und Lebensmittellieferanten mit über einer Milliarde Rubel (derzeit etwa 72 Millionen Mark) in der Kreide – unter anderem auch deshalb, weil Moskau im vergangenen Jahr nicht einmal ein Prozent der versprochenen Budgetmittel überwiesen hat. Von besonderem Interesse an einem Hochpöppeln der bedrängten Exklave zeugt das nicht.

„Wir hatten schon schlimmere Zeiten“, spielt Admiral Jegorow die Schwierigkeiten herunter. Die Flotte versorge sich nunmehr zu 70 Prozent selbst aus den ihr gehörenden drei Landwirtschaftssowchosen mit den höchsten Produktivitätsziffern im Gebiet. Im Übrigen sei die Personalstärke bei den Truppen in einem Umbau radikal abgesenkt worden auf eine Gesamtzahl von jetzt 25 000 Mann, das Gerede von der „Militärzitadelle Kaliningrad“, voll gestopft mit Atomraketen, schlicht ein Märchen. „Diese Präsenz genügt, um die Interessen Russlands zu garantieren“, sinniert Jegorow, „noch mehr militärische Macht konnte auch die Sowjetunion nicht vorm Verfall bewahren; entscheidend ist die Vernunft der Politiker.“

Von denen glaubt der an seinem Comeback arbeitende Ex-Gouverneur Jurij Matotschkin, ein Mann ohne ideologische Scheuklappen, „dass Berlin uns bald näher ist als Moskau“. Wie Matotschkin sieht auch Stephan Stein, rühriger Vertreter der deutschen Wirtschaft und speziell der Hamburger Handelskammer, die Chance Kaliningrads, „sich zu einem wirtschaftlichen und logistischen Knotenpunkt zwischen der EU, Russland und den übrigen Anrainern zu entwickeln“.

Allerdings blockiert Russlands politische Instabilität das Engagement westlicher Investoren. Immerhin hat sich jetzt sogar BMW auf das Wagnis eingelassen, mit Awtotor in Kaliningrad aus 1300 Einzelteilen für den russischen Markt die 5er Limousine zu montieren.

Dabei ist der Norden Ostpreußens, einst Deutschlands Kornkammer, eine reiche Region. Es gibt Erdöl dort und 95 Prozent der weltweit geförderten Bernsteinvorkommen. Und über die grandiose Kurische Nehrung fand schon der Wissenschaftler und Weltenbummler Wilhelm von Humboldt, man müsse sie wie Spanien und Italien gesehen haben, soll „einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen“.

„Wenn jeder ein bisschen hilft, geht es schneller mit dem Aufbau“, verbreitet die Ostpreußen-Heimkehrerin Ursula Trautmann unbeirrbar Optimismus. Den Annenhof will sie in ein Prunkstück verwandeln und dann mit den russischen Nachbarn eine große Sause feiern: „Es ist doch völlig egal, wer hier regiert – es ist und bleibt Ostpreußen.“

OLAF IHLAU

3 VON 6

Verstümmelt bis unter die Grasnarbe

Ostpreußen, jahrzehntelang als militärisches Sperrgebiet ein Land des Schweigens, könnte Russlands Vorhut auf dem Weg nach Europa werden. Von Arno Surminski



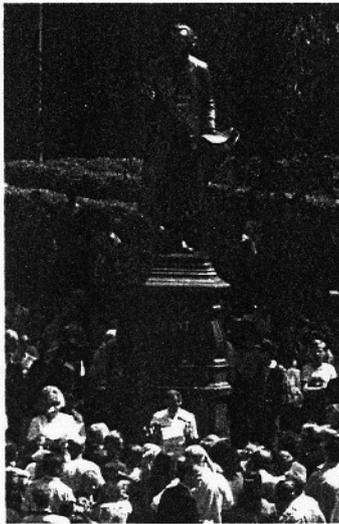
Surminski

Einst fuhren die Postkutschen von St. Petersburg über Berlin nach Paris. Machten sie auf halbem Wege im preußischen Königsberg Station, konnten die Reisenden, wenn sie in der Abenddämmerung vom Schloss zur Dominsel wanderten, einem zierlichen Männlein begegnen, das sein Lebtag nie die Stadt verlassen und doch eine weltumspannende Philosophie erdacht hatte. Heute steht sein Denkmal auf einem leeren Platz der Stadt Kaliningrad. Kant ist die letzte Brücke, die das alte Königsberg mit dem neuen Kaliningrad verbindet, verehrt auch von denen, die es nach 1945 aus den Weiten Russlands zum westlichsten Vorposten der Sowjetunion verschlug.

Die verbindende Funktion, die der nordöstliche Zipfel Preußens einst hatte, ist mit den Katastrophen des 20. Jahrhunderts verloren gegangen. Preußisch-Litauen wurde zum Grenzland, es war Schlachtfeld im Ersten Weltkrieg und Aufmarschgebiet für das barbarische Unternehmen Barbarossa im Zweiten. 1945 geschah diesem Land und seiner Stadt etwas Sonderbares: Sie tauchten unter, wurden zu weißen Flecken auf den Karten, eine Terra incognita.

Die Stadt verlor ihren Namen, Kaliningrad wurde zum militärischen Sperrgebiet, fast ein halbes Jahrhundert durfte kein Reisender die verbotene Stadt betreten. Die Bernsteinsucher an den Küsten des Samlandes und der Kurischen Nehrung trugen andere Namen, die kurischen Fischer verschlug es zum westlichen Ufer des Baltischen Meeres nach Ostholstein.

Nirgends war der Eiserner Vorhang so eisern wie im nördlichen Ostpreußen. Während zu den jetzt polnischen Provinzen des deutschen Ostens bald Briefkontakte möglich wurden, alte und neue Bewohner sich begegneten und näher kamen, war Kaliningrad bis zur politischen Wende in Osteuropa ein Land des Schweigens. Die untergegangene Insel tauchte 1990 auf, die ersten Besucher, die sie betreten durften, erschrakten. Die meisten von ihnen waren im nördlichen Ostpreußen geboren und wollten sehen,



Enthüllung des Kant-Denkmal (1992)
Letzte Brücke zum alten Königsberg

was aus ihren Kindheitserinnerungen geworden war. Sie hatten die Erwartung, wenigstens eine unveränderte Landschaft vorzufinden, aber ihnen begegnete eine verwüstete Stadt und ein Land, dessen Verstümmelungen bis unter die Grasnarbe reichten: Dörfer vom Erdboden verschwunden, unbestellte Felder, eine versteppte Landschaft mit armseligen Viehherden, begleitet von Papirossy rauchenden Reitern.

Geblichen sind ein paar Eichen- und Lindenalleen, die letzten Anknüpfungspunkte für strapazierte Erinnerungen. Das Gebiet Kaliningrad bietet einen erschreckenden Kontrast zu dem im Norden angrenzenden Litauen und den ansehnlichen Regionen Ermland und Masuren im polnischen Süden. Nicht die Zerstörung Königsbergs im Sommer 1944 ist bemerkenswert – dergleichen geschah vielen Städten –, sondern der trostlose Zustand von heute, der den Besucher glauben lässt, der Krieg sei vorgestern zu Ende gegangen.

Frage an den Taxifahrer, der in einem alten Mercedes, den er beim Abzug der russischen Truppen in Magdeburg erworben hat, westliche Touristen spazieren

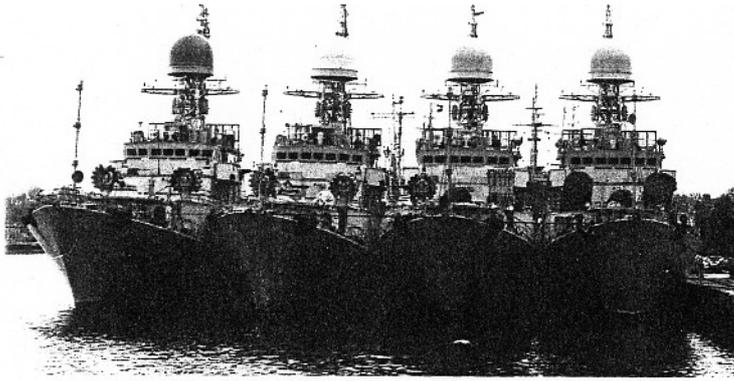
fährt: „Warum muss das so sein?“ Wladimir weiß eine plausible Erklärung: „Wenn Stadt und Land 50 Jahre dem Militär gehören, sehen sie so aus, wie sie aussehen; das Militär kann eben nichts anderes.“

Die Auflösung der Sowjetunion machte Kaliningrad zu einer russischen Exklave. Nach 1990 begannen die Spekulationen, was aus der westlichen Insel Russlands in einer nicht gerade russlandfreundlichen Umgebung werden sollte. Polen kann sich eine Wiedervereinigung des nördlichen mit dem südlichen Ostpreußen unter dem polnischen Adler durchaus vorstellen. Litauen glaubt, alte Rechte an Preußisch-Litauen zu haben; vor 150 Jahren sprach ein Drittel der Bewohner dieses Gebietes Litauisch.

Auch die deutsche Seite zerbricht sich den Kopf über die Zukunft Kaliningrads. Die Politik hält sich wohlthuend zurück, wohl wissend, dass jedes laute Denken zu Irritationen bei Polen, Litauern und Russen führen müsste. Die meisten Heimweh-Touristen, die nach dem Auftauchen der untergegangenen Insel Nordostpreußen besuchten, kehrten enttäuscht heim und schlossen diese Schublade der Erinnerungen für immer. Einige können den traurigen Zustand nicht ertragen. Mit rührender Anhänglichkeit spenden sie für Kaliningrader Waisen- und Krankenhäuser, schaffen Kleidung und Medikamente in die Stadt ihrer Kindheit, um sie wieder herzurichten und ansehnlich zu machen.

Gelegentlich hat die Hilfs- und Spendebereitschaft auch einen politischen Hintergedanken. Es gibt eine kleine Heim-ins-Reich-Bewegung, die sich nicht damit begnügt, Steine für den Dombau zu sammeln, sondern es schon gern sähe, wenn über dem Dom wieder die deutsche Fahne wehte. Als Umweg zu diesem Ziel ist die Ansiedlung von Russlanddeutschen in die Wege geleitet worden. Die Deutschen aus Kasachstan sollten nicht nur aller Welt zeigen, was deutsche Tüchtigkeit zu bewerkstelligen vermag, sie sollten auch die offenkundige „Überfremdung“ nach und nach in eine deutsche Mehrheit umkehren.

Diese Umtriebe haben die Stimmung umschlagen lassen. Das nationale Denken, das auch in Russland an Boden gewinnt, verbietet jeden Ausverkauf der Kriegseroberung Kaliningrad, an wen auch immer.



Baltische Russland-Flotte: „Keine Angst vor Regermanisierung“

„Untrennbarer Teil Russlands“

Kaliningrad-Gouverneur Leonid Gorbenko über die Zukunft von Moskaus Ostseeprovinz

SPIEGEL: Herr Gouverneur, auf dem Territorium des Gebiets Kaliningrad sind noch manche Spuren der deutschen Vergangenheit auszumachen. Wie lebt es sich in einer Stadt, die nach einem großen Bolschewiken benannt ist?

Gorbenko: Als ein Mensch, der sich für die Geschichte interessiert, bin ich gegen eine Änderung historischer Namen. Wir waren kaum geboren, als die Stadt nach dem sowjetischen Staatspräsidenten Kalinin benannt wurde. Ich möchte so eine Entscheidung den nachfolgenden Generationen überlassen. Jetzt gibt es Wichtigeres zu tun.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Gorbenko: Wir müssen das Gebiet zu einem prosperierenden Territorium entwickeln. Besonders dringend ist, dass wir jetzt Gasleitungen verlegen in Ortschaften, die noch nicht an das Energienetz angeschlossen sind. Immerhin haben wir aber die Schdanow-Straße jetzt wieder in Brahmstraße umbenannt.

SPIEGEL: Mit dem alten Königsberg hat die Stadt freilich kaum noch etwas gemein.

Gorbenko: Ich kam 1956 in das Gebiet. Ich kann mich noch an den damaligen Zustand erinnern, an die Ruinen. Von Königsberg sind nur vier Prozent erhalten geblieben, der Rest wurde zerstört, und zwar im Krieg. Dass hernach noch das Schloss gesprengt wurde, tut mir weh.

SPIEGEL: Was ist für Sie aus der deutschen Geschichte wert, in die Zukunft übernommen zu werden?

Gorbenko: Russland und Deutschland sollten immer in einer Allianz stehen, das ist zunächst mal meine Überzeugung. Mir gefällt sehr, dass wir jetzt das Gedenken an Immanuel Kant weiterpflegen und ein Museum für diesen großen Philosophen eingerichtet haben.

Ich möchte auch die Traditionen der Universität wieder beleben, der Albertina.



Admiral Jegorow, Gouverneur Gorbenko „Von Königsberg vier Prozent erhalten“

Außerdem wünsche ich mir die deutsche Teilnahme an einer Wiederherstellung der Stadttore.

SPIEGEL: Furcht vor einer Regermanisierung des Kaliningrader Gebiets, wie sie zeitweise wegen des Zuzugs von Russlanddeutschen bestand, haben Sie nicht?

Gorbenko: Ich habe keine Angst vor Regermanisierung. Ich habe ja auch keine Angst vor dem Islam.

SPIEGEL: Irritiert Sie das Aufkreuzen deutscher Rechtsextremisten im Kaliningrader Gebiet mit dem Ziel, russlanddeutsche Zuwanderer einzuspannen?

Gorbenko: Das wollen wir lieber in unserer Seele schlummern lassen, wir passen da schon auf.

SPIEGEL: Was ist derzeit Ihre größte Sorge?

Gorbenko: Für einen pragmatischen Politiker ist das der Lebensstandard der Leute, wie überall in Russland, und die Lebensqualität. Mit der Krise in Russland ist alles noch schwieriger geworden. Aber im Vergleich zu den anderen 88 Regionen Russlands können wir uns nicht beklagen.

SPIEGEL: Worauf gründen sich solch optimistische Töne?

Gorbenko: Unsere Industriebetriebe arbeiten jetzt zu 80 bis 90 Prozent im Vergleich mit 1996. Über eine große neue Werft haben wir Verträge in Deutschland abgeschlossen, ein Kontrakt wurde sogar in der Handelskammer Hamburg unterschrieben.

SPIEGEL: Allerdings hat Ihr Sicherheitschef, Admiral Gennadij Moschkow, unlängst in der „Kaliningradskaja prawda“ dargelegt, es stünde ganz schlecht um das Kaliningrader Gebiet: Die Industrieproduktion sei seit 1990 fast zum Erliegen gekommen.

Gorbenko: Sie sollten den Admiral fragen, wo er war, als alles auseinander fiel. Ich arbeite hier erst zweieinhalb Jahre als Gouverneur, er arbeitet schon viel länger in seiner Funktion. Er hat mit eigenen Augen zugehört, wie das alles zusammenbrach. Wo war er denn damals? Es war eine seiner Pflichten, die Zerstörung zu verhindern.

SPIEGEL: Wie hätte sich denn der Zusammenbruch der sowjetischen Staatswirtschaft verhindern lassen?

Gorbenko: Voriges Jahr war ich in Deutschland. Wir besuchten eine ehemalige Kolchose in der ehemaligen DDR, 40 Kilometer entfernt von Berlin. Was mir gefiel: Da ist nichts zerstört, sondern die Kolchose ist in eine Genossenschaft umgewandelt worden. Da wurde alles auf deutsche Art gemacht, jeder bekam ein Grundstück, die Kühe sind im Kollektiveigentum verblieben, auch der Schweinebestand, die Geflügelfarm. Das Unternehmen beliefert jetzt Krankenhäuser und Schulen. Wir hätten das genauso machen können. Wo war der Admiral da? Sprechen wir nicht mehr über ihn.

SPIEGEL: Die Umstellung eines Staatsbetriebs auf die Privatwirtschaft ...

Gorbenko: ... betreiben wir jetzt mit Verspätung. Wo das möglich ist, tun wir auch dasselbe wie Sie. Wir haben circa 30 kooperative Betriebe gegründet. Die Zahl der privaten Landwirte stieg um 1500 in einem Jahr. Jetzt versorgen wir uns selbst zu 50 Prozent mit Lebensmitteln ...

SPIEGEL: ... Ostpreußen war einmal eine Kornkammer.

Gorbenko: ... früher mussten wir sogar 85 Prozent der Nahrungsmittel einführen. Futtergetreide, Schweinefleisch, Eier, Milchprodukte, auch Kartoffeln produzieren wir jetzt zu 100 Prozent selbst. Natürlich werden Kiwi importiert, Bananen und Wassermelonen, Snickers, Twix, Mars.

SPIEGEL: Halten Sie langfristig einen Sonderstatus der Kaliningrader Exklave in der EU für erstrebenswert?

Gorbenko: Nach der russischen Verfassung müssen wir die Beziehungen zu unseren Nachbarn in Übereinstimmung mit dem Außenministerium in Moskau entwickeln. Aber wir betrachten uns als ein Territorium, das die EU mit Russland verbinden kann. Wir wollen Offshore-Zonen, freie Zollzonen.

SPIEGEL: Das Kaliningrader Gebiet ist bald eine Insel, umgeben von EU-Staaten.

Gorbenko: Deshalb rede ich nicht von Integration, sondern lieber von Kooperation mit der EU, und zwar im Produktionsbereich. Wir haben 1336 Joint Ventures mit ausländischen Firmen. 30 davon arbeiten gut, unter anderem auch deutsch-russische Gemeinschaftsunternehmen.

SPIEGEL: Ist unser Eindruck richtig, dass die ältere Generation Angst vor der Zukunft hat, während die Jungen sehr offen nach Europa schauen, auch zum einstigen Kriegsgegner Deutschland?

Gorbenko: Ich habe Respekt vor der älteren Generation, und die respektiert auch die Interessen der nachfolgenden Generation. Jeder Krieg wird doch mit einem Frieden abgeschlossen. Russland hat mit allen gekämpft, mit Japan, Afghanistan, der Türkei, Italien, Rumänien, Frankreich, England, den USA. Das ist doch auch längst überwunden. Wann immer Deutschland und Russland aber in Frieden miteinander gelebt haben, ist es beiden Seiten wohl ergangen.



Kartoffelernte bei Kaliningrad: „Auf deutsche Art“

SPIEGEL: Die Läden in Kaliningrad sind voll mit Importwaren, die Regale der Geschäfte gefüllt. Doch wie kann hier eine Rentnerin mit 350 Rubel im Monat leben? Die sind in der Wechselstube 25 Mark wert.

Gorbenko: Das ist unser Leid und unsere Schande. Wir nehmen das wahr. Das Rentenniveau beleidigt unsere ältere Generation, und zwar ungebührlich. Wir versuchen zumindest, gezielt Hilfe zu leisten für die weniger gut Situierten, die Kriegsteilnehmer, die Alten, die Kranken und allein stehenden Mütter oder Leute, die ihre Habe verloren haben.

Gewiss: Das Rentenniveau ist niedrig. Aber immerhin kriegen die Leute ihre Rente bei uns noch regelmäßig und pünktlich. Auch Lehrern und Ärzten werden die Lohnauszahlungen nicht gestundet.

SPIEGEL: Vor zwei Jahren stießen Sie selbst eine Diskussion in den Lokalblättern an, man müsse damit rechnen, dass Moskau irgendwann einmal Kaliningrad verkaufen könne, um die riesigen Schulden aus Sowjetzeiten zu begleichen.

Gorbenko: Das war in Berlin, da habe ich auf eine entsprechende Journalisten-Frage zurückgefragt: Warum geht es hier nur um das Gebiet Kaliningrad? Warum geht es nicht um das Gebiet Memel? Um Gdansk? Denn Kaliningrad besteht nicht völlig aus deutschen Mauern, vielleicht ein Viertel, wenn nicht ein Fünftel ist davon noch da.

SPIEGEL: Anlass für diese Diskussion waren Gerüchte, Gorbatschow habe dem Kanzler Kohl angeboten, Kaliningrad für 70 Milliarden Mark zu kaufen.

Gorbenko: Es gab viele solcher Gerüchte, verbreitet von Politikern in den Nachbarländern oder auf der Ebene kleiner Parteien. Offiziell kenne ich kein derartiges Statement. In Gorbatschows Zweiplus-Vier-Vertrag von 1990 geht es um das Territorium der Bundesrepublik, und da kommt das Kaliningrader Gebiet nicht vor. Der Vertrag betrifft die Unverletzlichkeit der Grenzen in den Nachkriegsjahren. Da kann man sich eben auch an manches andere erinnern. Die Geschichte

Europas ist die Geschichte der Grenzen Europas.

SPIEGEL: Solche ständig wiederkehrenden Gerüchte müssen doch die Bevölkerung hier beunruhigen.

Gorbenko: Ich habe mir von unserem russischen Außenministerium die Unterlagen zusammenstellen lassen, die dokumentieren, warum dieses Gebiet als ein untrennbarer Teil Russlands gilt. Darauf verweise ich unsere ältere Generation. Aber solange internationale Beziehungen bestehen, werden wir zu einer Zusammenarbeit finden, und es wird nichts geben, was uns auseinander bringt. Wir sind Anhänger einer Vernunftpolitik.

SPIEGEL: Haben Sie mitunter das Gefühl, Kaliningrad sei manchem in Moskau lästig, sozusagen ein Klotz am Bein?

Gorbenko: Vielleicht für faule Leute, nicht für die Repräsentanten des Staates. Einige Politiker meinen: Je kleiner ein Staat ist, desto regierbarer ist er. Ich kann diese Auffassung nicht teilen. Ja, ein kleiner Betrieb kann leichter verwaltet werden, aber er hat weniger Kapazität. Ein größerer Staat ist schwerer zu regieren, aber er hat entsprechend mehr Möglichkeiten, mehr Leistung zu bringen. Russland hat im Fernen Osten den Hafen Port Arthur an China abgegeben. Ist Russland dadurch reicher geworden?

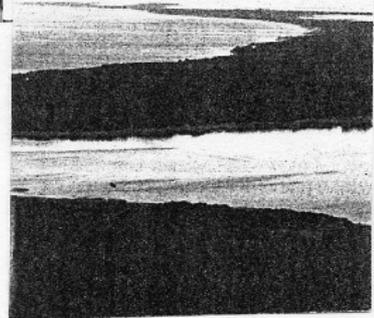
SPIEGEL: Deutschland ist immer reicher geworden, je kleiner es wurde.

Gorbenko: Ich denke nicht so. Deutschland hat aber nach dem Krieg nachgedacht, welchen Weg man einschlagen muss. Unser Präsident Jelzin sagt, dass gerade der deutsche Föderalismus, eine gewisse Selbständigkeit der Regionen gegenüber der Zentrale, für Russland passt. Das ist auch meine Meinung.

INTERVIEW: OLAF IHLAU, FRITJOF MEYER

„Soll Kaliningrad wieder deutsch werden?“, fragt der Redakteur des örtlichen Radiosenders. Es ist eine listige Frage. „Nein, nie wieder deutsch, einen Geist kann man nicht kaufen“, erkläre ich. „Und wie soll es weitergehen?“, fragt er. Vergesst alles Nationale, kommt nach Europa. Wenn Polen und Litauen der EU beitreten, könnte auch Kaliningrad als russische Vorhut ein Teil Europas werden. Preußisch-Litauen wieder eine Brücke. Die Reisenden, die auf einer bisher nur angedachten Autobahn von St. Petersburg über Tallinn, Riga, Königsberg und Stettin nach Europa fahren, machen Rast in der Stadt am Pregel und besuchen das Denkmal des kleinen Mannes mit den großen Gedanken. Aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Arno Surminski, 65, gebürtiger Ostpreuße und Schriftsteller („Sommer vierundvierzig“), lebt in Hamburg.



Kurische Nehrung
Strapazierte Erinnerungen

6 v 046

Die vergessenen Vertriebenen

Welt am Sonntag

25. April 1999

Moment MAL

von Klaus Rainer Röhl

Vertreibungsverbrechen. Ethnische Säuberung. Buchstäblich alle fünf Minuten tönen diese Worte aus dem Mund der Politiker und Pressesprecher, in allen Fernseh- und Rundfunksendungen, in Talkshowrunden und Zeitungskommentaren: ethnische Säuberung und Vertreibung. Die Worte kommen inzwischen so selbstverständlich daher wie die Worte Tiefdruckgebiet oder Sprühregen. Oder - Bodentruppen.

Ethnische Säuberung heißt, einen Landstrich oder ein ganzes Land von Angehörigen eines bestimmten Volkes (einer Ethnie) zu „säubern“ wie eine Wohnung von Kakaraken oder einen Keller von Ratten. Alle Bewohner des Landes, die sich durch Sprache und ihre Kultur von den anderen unterscheiden, werden vertrieben, viele getötet. Das Ergebnis ist ein Landstrich oder ein Land in dem nur noch Angehörige eines Volkes leben. Das Land ist jetzt ethnisch „sauber“.

Vertreibungsverbrechen meint sowohl die Verbrechen, die während der Vertreibung der Bewohner des Landes begangen werden: Raub, Brandstiftung, Folter, Verstümmelung, massenhafte Vergewaltigung und Mord als auch das völkerrechtliche Verbrechen der Vertreibung selbst.

Vertreibung und ethnische Säuberung sind ein Bruch des Völkerrechts und ein schweres Verbrechen. So stellt es in der Resolution der Uno-Menschenrechtskommission und auch im Bundestagsbeschluß vom 13. April 1994. Das gilt für alle Völker, jedenfalls für Kurden, Tibeter, Äthiopier, Hutus und Tutus, Serben, Bosnier und Albaner aus dem Kosovo.

Gilt es auch für Deutsche? 13 Millionen Deutsche wurden nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben, viele Hunderttausende deutscher Frauen vergewaltigt. 2,2 Millionen Deutsche in ganz Europa fanden bei den ethnischen Säuberungen den Tod. Die Zahlen werden inzwischen von niemandem mehr bestritten. Eigentum wurde zerstört oder enteignet. Milliardenwerte. Die Länder Polen und Tschechien sind seitdem, was die Deutschen anbelangt, ethnisch sauber.

Besonders furchtbare Verbrechen begingen die Serben bei der Vertreibung der Donauschwaben aus ihrem Land. Über unvorstellbare Grausamkeit berichtet ein in diesen Wochen erschienen Buch „Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-48. Die Stationen eines Völkermordes.“. herausgegeben von der Donauschwäbischen Kulturstif-

tung .

Docii die Millionen Toten, Vergewaltigten, aus ihrer Heimat Vertriebenen und Enteigneten wurden von grünen und sozialdemokratischen Politikern, auch von der Mehrheit der linksliberalen Medien bisher als eine Art Sühneopfer für die einmaligen Verbrechen Hitlers angesehen. Warum gerade sie? Pech gehabt.

Schlesier, Ostpreußen, Danziger, Sudetendeutsche und Pommern, die einmal im Jahr zusammen, um die Erinnerung an iharae Heimat wachzuhalten, aus der sie einst - völkerrechtswidrig - vertrieben worden sind, sehen sich Sprechchören „Faschisten raus!“ ausgesetzt.

Sind das nur ein paar psychisch gestörte Krawallmacher? Vorsicht. Vieles, was in Patientenkollektiven der Autonomen erdacht wurde, landete ein paar Jahre später als Gedankensplitter bei prominenten rot-grünen Politikern. Erinnerung sei nur an die Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer. Seid doch nicht so nachtragend, lautete, verkürzt gesagt, die Botschaft. Noch kürzlich zeigte sich Bundeskanzler Schröder im Gespräch mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Zeman betont gelassen, wenn nicht unempfindlich gegenüber den Forderungen der Sudetendeutschen. Alles halb so wild, beruhigte er sei Gesprächspartner.

Doch Polen, Ungarn und Tschechien wollen in den nächsten Monaten über ihren Eintritt in die EU verhandeln. Die Forderungen der Vertriebenen, die sich der Ministerpräsident von Bayern, Edmund Stoiber, und die prominente CDU-Politikcrin Erika Sieinbach zu eigen gemacht haben, lauten: Anerkennung des Rechts auf Heimat, einschließlich des Anspruchs auf entschädigung für die erlittenen Enteignungen. Entschuldigung für die Verbrechen der Vertreibung. Doch nur die Ungarn haben, im bescheidenen Umfang, den aus ihrem Land vertriebenen Deutschen Entschädigung zugesagt.

Vertreibungsverbrechen und ethnische Säuberung eines ganzen Landes durch Soldaten und Söldner Milosevics haben in unserem Land Erkenntnisse und Einsichten gefördert, für die früher dreißig Jahre benötigt wurden.

Vielleicht sehen unsere rot-grünen Regierenden, die in wenigen Tagen gelernt haben, was sie seit 1968 verdrängen wollten, nun, nachdem sie so unendlich viel Leid der Opfer einer ethnischen Säuberung mitangesehen haben, am Ende auch das Schicksal von 13 Millionen vertriebenen Deutschen mit anderen Augen: Greise. Frauen und Kinder, die nach 1945 Opfer einer ethnischen Säuberung unvorstellbaren Ausmaßes wurden.

*Klaus Rainer Röhl ist Vertriebener aus Danzig.
Im Mai erscheint sein neuestes Buch „Riesen
und Wurzelzwerge. Das Dilemma der Linken“.*

(Ursprünglich als Kopie übernommen /
Abschrift: August 2006 / TA)

Sozialreformer verlangen: **MEHR BÜRGER- GESELLSCHAFT – WENIGER STAAT**

Das Grundgesetz ist 50 Jahre alt, doch von einer bürgernahen Demokratie ist Deutschland weit entfernt. »Wir sind zu Zuschauern degradiert und müssen uns mehr einmischen«, kritisiert Hildegard Hamm-Brücher, die Vorsitzende der Theodor-Heuss-Stiftung. Obwohl laut Artikel 20 alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht, beschränke sich die politische Beteiligung auf die Wahlen. Weil die Parteien aber nur 3,4 Prozent der 60 Millionen Wahlberechtigten vertreten, haben sie nach Auffassung der FDP-Politikerin »in oligarchischer Weise Besitz von der Demokratie ergriffen«. Die Bundesrepublik sei eine von Parteien dominierte Staatsgesellschaft, die sich zu einer mehr in Eigenregie gestalteten Bürgergesellschaft weiterentwickeln müsse. Diese steht, so der britische Sozialforscher Anthony Giddens, auf drei Pfeilern: Die Volksvertreter werden nach den Regeln der repräsentativen Demokratie gewählt; durch Nachbarschafts-Initiativen und Bürgerentscheide nehmen die Wähler direkten Einfluss auf die Politik; zusätzlich werden die Bürger stärker in das Gemeinwohl eingebunden, indem sie ehrenamtliche Arbeit übernehmen, die nach US-Vorbild mit »Zeit-Dollars« vergütet wird, z. B. durch Gewähren geringerer Krankenkassenbeiträge. ■